



Unternehmens- verantwortung in der Corona-Krise

Eine Studie des Wittenberg-
Zentrums für Globale Ethik
und der Martin-Luther-
Universität Halle-Wittenberg

WZGE 
Wittenberg-Zentrum
für Globale Ethik

MARTIN-LUTHER-UNIVERSITÄT
HALLE-WITTENBERG



bema FRIEDE SPRINGER CHAIR OF
business ethics and
management accounting

Gerade in der Krise sind Wirtschaft und Ethik gefragt. Denn wie gut wir aus dieser Krise kommen werden, wird auch von der Leistungsfähigkeit unseres Wirtschaftssystems und der Unternehmen abhängen – und vor allem auch von deren öffentlicher Wahrnehmung.

In der vorliegenden Studie sind wir der Frage nachgegangen, wie Bürger*innen die Soziale Marktwirtschaft in der Corona-Krise wahrnehmen und welche Erwartungen sie an Unternehmen haben. Dabei bezogen sich unsere Fragen auf das Verhältnis zwischen Wirtschaft und Politik, den Umgang von Unternehmen mit der Krise sowie deren Engagement in gesellschaftlichen Debatten („Corporate Activism“).

Die vorliegende Studie basiert auf einer repräsentativen Umfrage mit über 2.500 Befragten, die im Zeitraum von November '20 bis Februar '21 durch das Meinungsforschungsinstitut Civey durchgeführt wurde.

Der Friede Springer Stiftung danken wir herzlich für die Förderung des Projekts.



Systemveränderung statt Systemwechsel

Mit Blick auf die Soziale Marktwirtschaft sind 39% der Auffassung, dass sich das System in der Krise bewährt hat. 37% Prozent sprechen sich für Veränderungen des Systems aus; 18% fordern einen Systemwechsel.

- > Für die laufenden Debatten über ein besseres Wirtschaften nach der Krise („Build back better“) lässt sich festhalten: Für die Position eines „Weiter so“ gibt es ebenso wenig eine Mehrheit wie für Forderungen nach einem „radikalen Systemumbau“. Entsprechend sollten „Veränderungen im System“ in den Mittelpunkt der Debatten rücken.

Begrenztes Vertrauen in Unternehmen

36% der Befragten sind der Ansicht, dass Unternehmen einen aktiven Beitrag zur Überwindung der Corona-Krise leisten, ebenfalls 36% verneinen dies. Bedenken bestehen dagegen beim verantwortungsvollen Umgang der Unternehmen mit Corona-Hilfen: 44% der Befragten geben an, diesbezüglich ein nur geringes Vertrauen zu haben, lediglich 28% haben großes Vertrauen.

- > Angesichts umfassender staatlicher Corona-Hilfen (direkte Zuwendungen oder Entlastungen) steigen die Erwartungen an unternehmerische Solidarität, wie etwa die Diskussionen um Dividendenzahlungen zeigen. Weitreichende Entscheidungen mit sozialem oder ökologischem Konfliktpotenzial müssen daher umso besser abgewogen und begründet werden.



**Vertrauen in Wirtschaft
& Unternehmen**

→ ausführlich auf S. 6

Höchste Priorität in der Krise: Arbeitsplatzsicherung

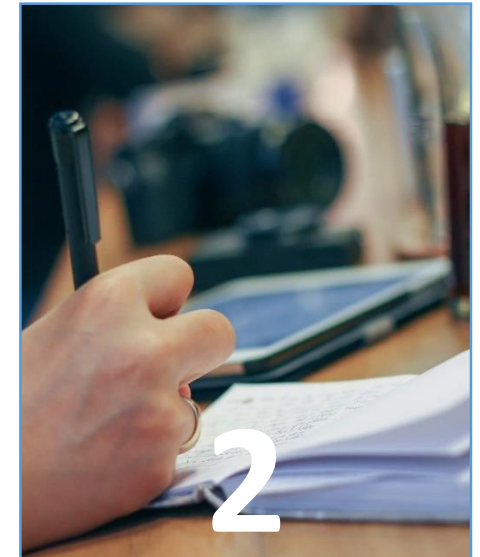
Auf die Frage nach den drei wichtigsten Themen für Unternehmen in der Krise nennt eine große Mehrheit „Arbeitsplätze sichern“ (72%) vor „Digitalisierung vorantreiben“ (41%) und „wirtschaftlichen Erfolg sichern“ (38%). Das Thema „Klimaschutzziele erreichen“ schafft es nur bei 25% der Befragten in die Top 3.

- > Unternehmen sehen sich damit folgender Herausforderung gegenüber: Aus Sicht der Bürger*innen sollen sie der Arbeitsplatzsicherung höchste Priorität einräumen, während von politischer, wissenschaftlicher und zivilgesellschaftlicher Seite raschere und tiefgreifendere Veränderungen für mehr Klimaschutz eingefordert werden. Diese Veränderungen könnten kurzfristige Einschnitte erfordern, um langfristig Arbeitsplätze zu sichern, wie die Beispiele aus der Automobil- und der Luftfahrtbranche zeigen.

Mehr Resilienz durch Regionalisierung?

Eine deutliche Mehrheit der Befragten in der Studie (59%) ist der Meinung, Unternehmen sollten ihre Lieferketten als Reaktion auf die Corona-Pandemie stärker regional ausrichten.

- > Auch hier sehen sich Unternehmen schwierigen Erwartungen gegenüber: Aus Sicht der Bürger*innen sollen sie ihre Lieferketten regionaler ausrichten, während sie für ihre Innovationsfähigkeit gleichzeitig den Zugang zu internationalen Märkten erhalten müssen. Dieser Zugang setzt aber oft auch ein lokales Engagement voraus. Hinzu kommt, dass ein vollständiger Rückzug aus manchen Regionen die Bedingungen der Menschen vor Ort mitunter verschlechtern könnte.



**Erwartungen an
Unternehmen**

→ ausführlich auf S. 15

Im Fokus: Corporate Activism

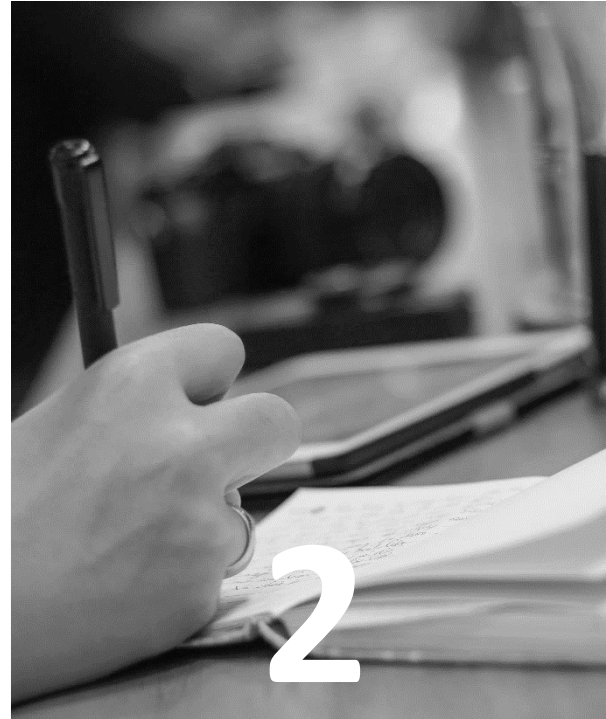
41% der Befragten sprechen sich dafür aus, dass sich Wirtschaftsvertreter*innen stärker an öffentlichen Debatten zur Pandemie beteiligen, nur 24% wünschen sich weniger Beteiligung. In Bezug auf öffentliche Positionierungen zu Verschwörungsmmythen gibt es hingegen kein klares Stimmungsbild: 46% der Befragten sind dafür, 49% dagegen.

- > Unternehmen können nicht „nicht“ Haltung zeigen. Ein Nichteinschreiten gegen Verschwörungsmmythen – ob im betrieblichen oder im öffentlichen Kontext – kann (ungewollt) als stillschweigende Duldung interpretiert werden. Umso wichtiger ist es, dass Unternehmen sich selbst klare Orientierungen geben.





Vertrauen in Wirtschaft & Unternehmen

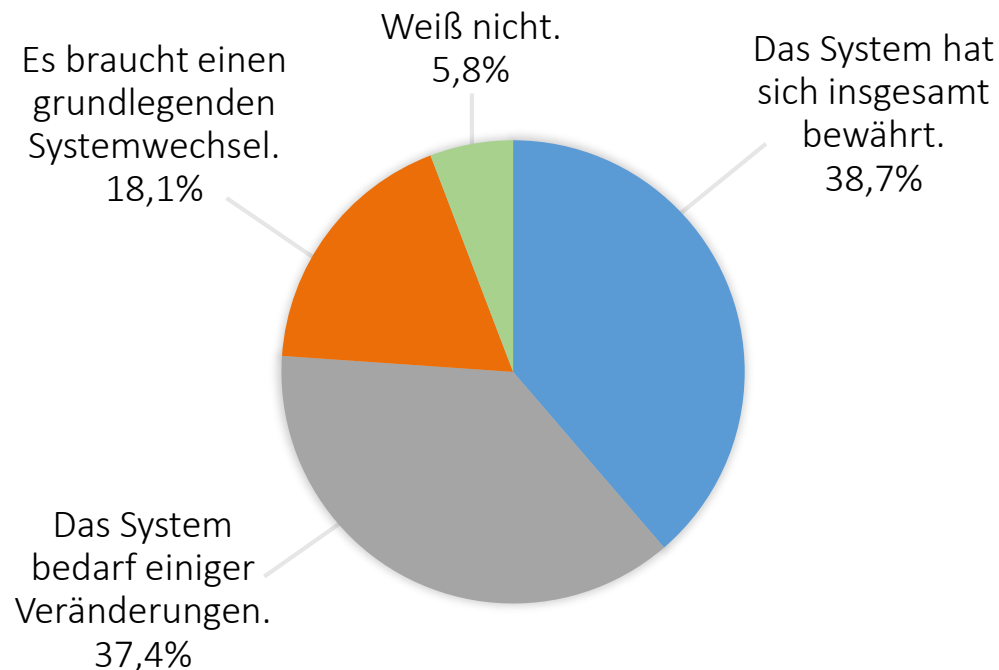


Erwartungen an Unternehmen



Corporate Activism

Wie bewerten Sie die Soziale Marktwirtschaft in Deutschland, speziell im Hinblick auf die Corona-Pandemie?



Statistischer Fehler: 3,0% ■ Stichprobengröße: 2520 ■ Befragungszeitraum: 31.12.20 – 30.01.21

Systemänderung oder Änderung im System?

In der öffentlichen Wahrnehmung erfährt die Soziale Marktwirtschaft in der Krise grundlegend Zustimmung. Die meist vertretene Auffassung ist, dass sich das System insgesamt bewährt hat (38,7%). Nur 18,1% sehen Bedarf für einen grundlegenden Systemwechsel in der Wirtschaft.

Gleichzeitig verdeutlichen die Ergebnisse, dass über die Hälfte (55,5%) der Befragten mindestens einige Veränderungen am System befürworten.

Wie bewerten Sie die Soziale Marktwirtschaft in Deutschland, speziell im Hinblick auf die Corona-Pandemie?

- Privatwirtschaftliche Entscheider*innen
- Deutschland ohne privatw. Entscheider*innen

Das System hat sich insgesamt bewährt.



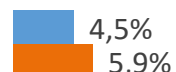
Das System bedarf einiger Veränderungen.



Es braucht einen grundlegenden Systemwechsel.



Weiß nicht.



Statistischer Fehler: 4,9%
Stichprobengröße: 2520 | Befragungszeitraum: 06.11.20 – 31.01.21

- Befragte aus den Neuen Bundesländern
- Befragte aus den Alten Bundesländern

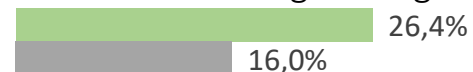
Das System hat sich insgesamt bewährt.



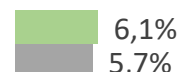
Das System bedarf einiger Veränderungen.



Es braucht einen grundlegenden Systemwechsel.



Weiß nicht.



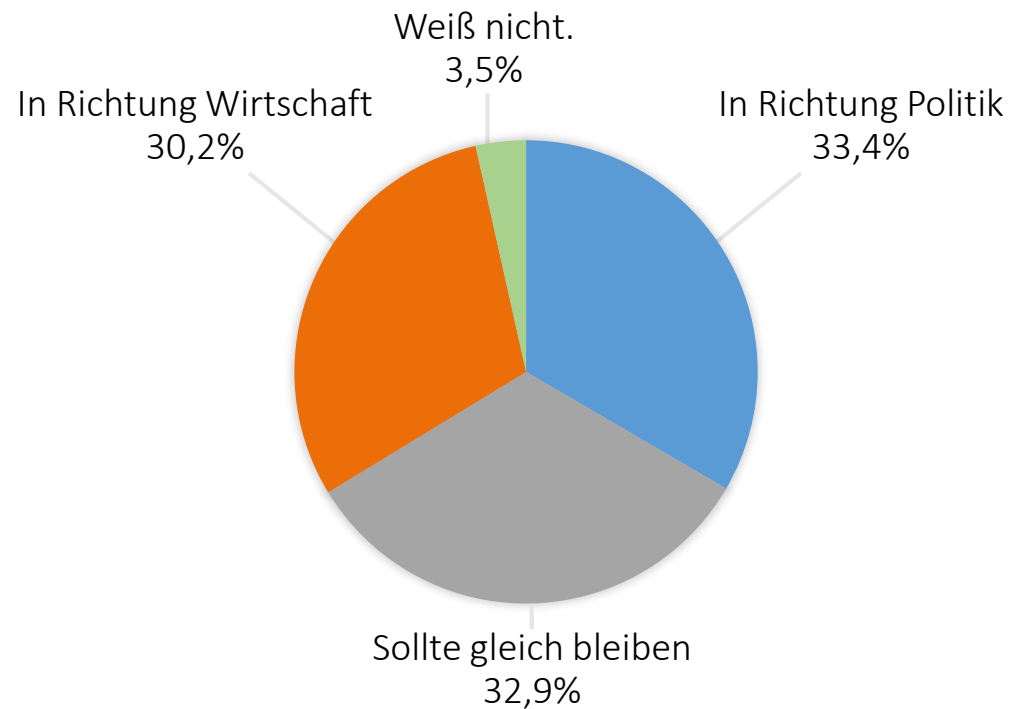
Statistischer Fehler: 4,8%
Stichprobengröße: 2520 | Befragungszeitraum: 31.12.20 – 30.01.21

Mehr privatwirtschaftliche Entscheider*innen als sonstige Befragte halten das System insgesamt für bewährt. (zur Definition „privatwirtschaftliche Entscheider*innen“ [siehe Anhang S. 27](#))

Eine ähnlich große Anzahl von Entscheider*innen wie von sonstigen Befragten befürwortet einen grundlegenden Systemwechsel.

Die Zufriedenheit ist in den Alten Bundesländern größer als in Neuen Bundesländern.

In welche Richtung sollte sich das Kräfteverhältnis zwischen Politik und Wirtschaft angesichts der Corona-Pandemie verschieben?



Statistischer Fehler: 3,3% ■ Stichprobengröße: 2503 ■ Befragungszeitraum: 06.11.20 – 18.11.20

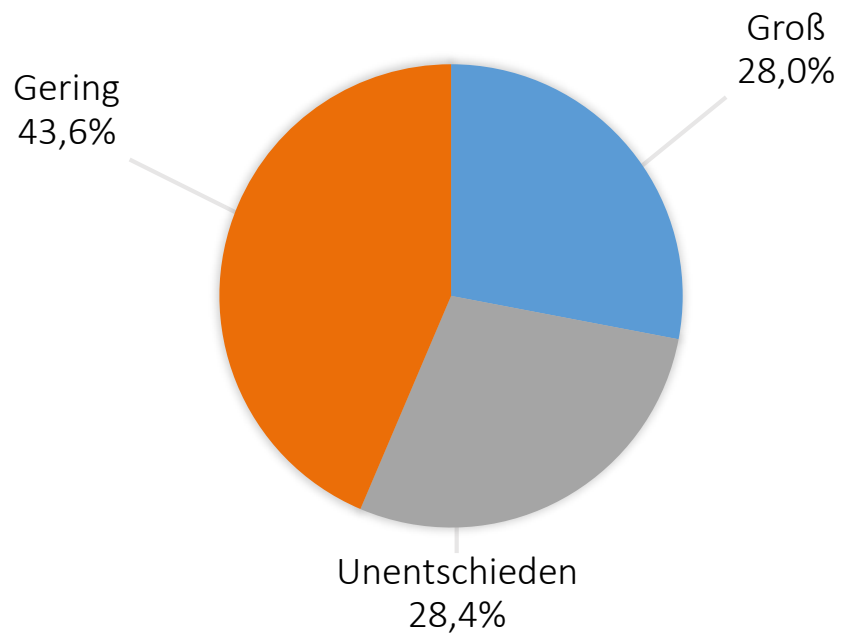
Kräfteverhältnis zwischen Politik und Wirtschaft

Hier bietet sich kein einheitliches Bild. Jeweils ca. ein Drittel wünschen sich entweder mehr Einfluss der Politik, mehr Einfluss der Wirtschaft oder keine Änderungen.

Eine klarere Tendenz ergibt sich, wenn man ausschließlich privatwirtschaftliche Entscheidungsträger*innen betrachtet: Hier wünschen sich 42,9% eine Änderung des Kräfteverhältnisses zugunsten der Wirtschaft ([siehe Anhang, S. 28](#)).

Die Ergebnisse schwanken stark mit der Wahlabsicht der Befragten. Während Wähler*innen der FDP und der AfD deutlich für einen höheren Einfluss der Wirtschaft plädieren, fordern deutlich mehr Wähler*innen von SPD, Grünen und Linken einen stärkeren Einfluss der Politik ([siehe Anhang, S. 29](#)).

Wie groß ist Ihr Vertrauen, dass deutsche Unternehmen die staatlichen Corona-Hilfen verantwortungsvoll nutzen?



Statistischer Fehler: 3,1% ■ Stichprobengröße: 2521 ■ Befragungszeitraum: 03.01.21 – 02.02.21

Vertrauen in Unternehmen

Das Vertrauen der Bevölkerung in einen verantwortungsvollen Umgang deutscher Unternehmen mit Corona-Hilfen ist auffallend niedrig. 43,6% der Befragten geben an, hier nur ein geringes Vertrauen zu haben, lediglich 28,0% haben großes Vertrauen.

Wie groß ist Ihr Vertrauen, dass deutsche Unternehmen die staatlichen Corona-Hilfen verantwortungsvoll nutzen?

- Privatwirtschaftliche Entscheider*innen
- Deutschland ohne privatwirtschaftliche Entscheider*innen

Groß



Unentschieden



Gering

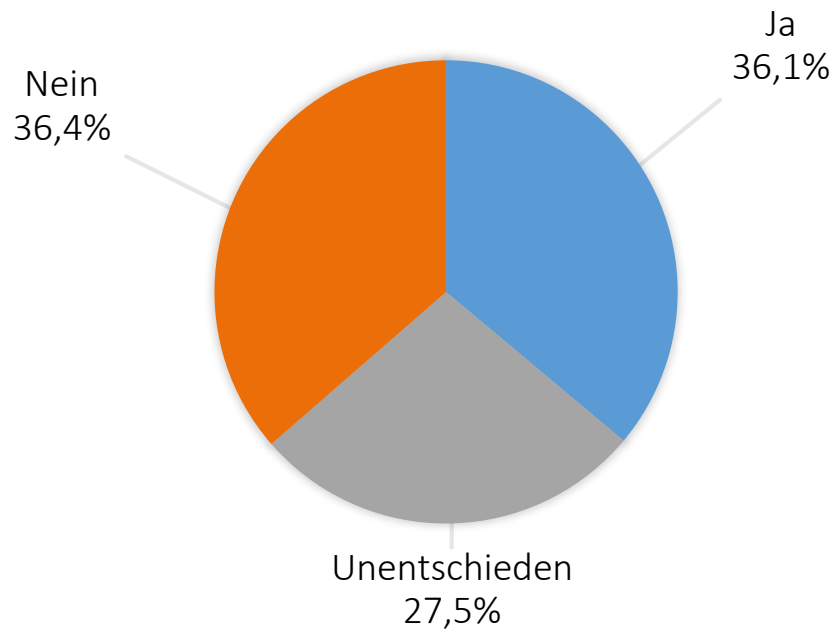


Statistischer Fehler: 5,0% ■ Stichprobengröße: 2521 ■ Befragungszeitraum: 06.11.20 – 02.02.21

Bei privatwirtschaftlichen Entscheider*innen liegt das Vertrauen nur geringfügig über dem der restlichen Befragten.

Zu den weiteren Ergebnissen zählt, dass auch Arbeitnehmer*innen skeptisch sind : 46,6% geben an, sie hätten nur geringes Vertrauen in eine verantwortungsvolle Nutzung der Corona-Hilfen ([siehe Anhang, S. 30](#)).

Tragen deutsche Unternehmen Ihrer Wahrnehmung nach während der Corona-Pandemie aktiv dazu bei, die Krise zu überwinden?

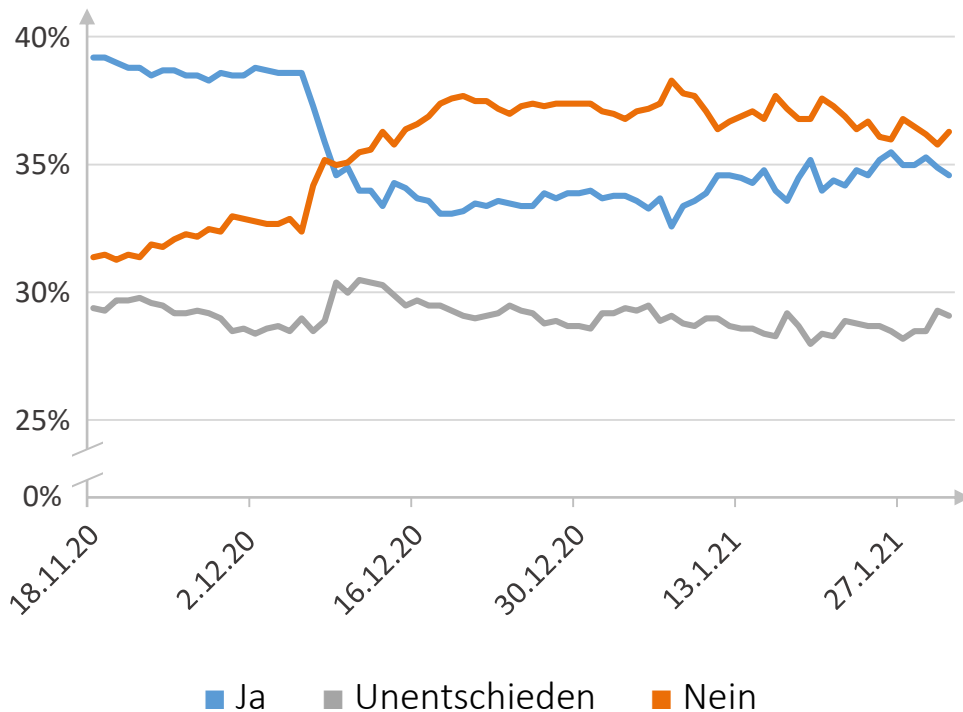


Statistischer Fehler: 3,2% ■ Stichprobengröße: 2522 ■ Befragungszeitraum: 01.01.21 – 31.01.21

Beitrag von Unternehmen

36,1% der Befragten urteilen, dass Unternehmen bereits einen aktiven Beitrag zur Überwindung der Corona-Krise leisten.

Tragen deutsche Unternehmen Ihrer Wahrnehmung nach während der Corona-Pandemie aktiv dazu bei, die Krise zu überwinden?



Statistischer Fehler: 3,5% | Stichprobengröße: 2522 | Befragungszeitraum: 18.11.20 – 31.01.21

Betrachtet man nur Befragte, die keine wirtschaftlichen Entscheider*innen sind, nähern sich die Positionen nach starken Schwankungen im Zeitverlauf an.

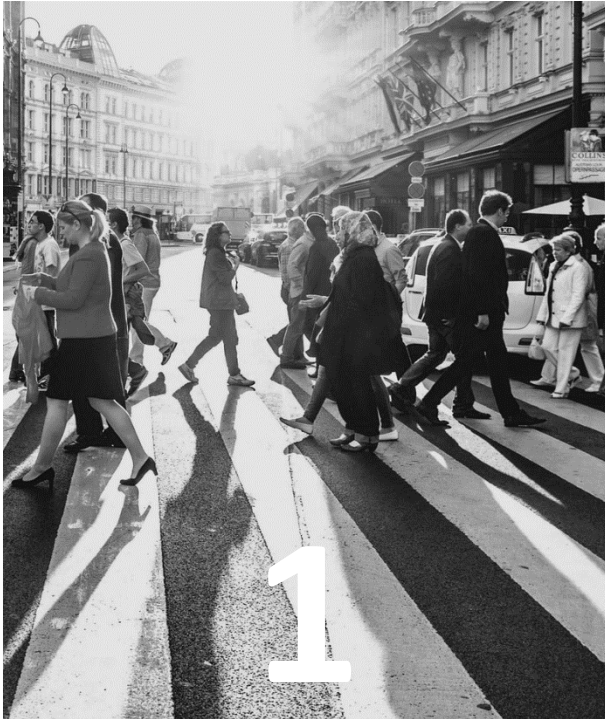
Am 18.11.2020 betrug die Zustimmung noch 39,2% und die Verneinung 31,4%. Am 31.01.2021 betrug die Zustimmung 34,6% und die Ablehnung 36,3%.

Die hohen Zustimmungswerte einerseits und die Forderung nach gewissen Änderungen andererseits legen nahe, dass weder ein „Weiter so“ noch ein radikaler Systemwechsel eine angemessene Antwort auf die Krise darstellen.

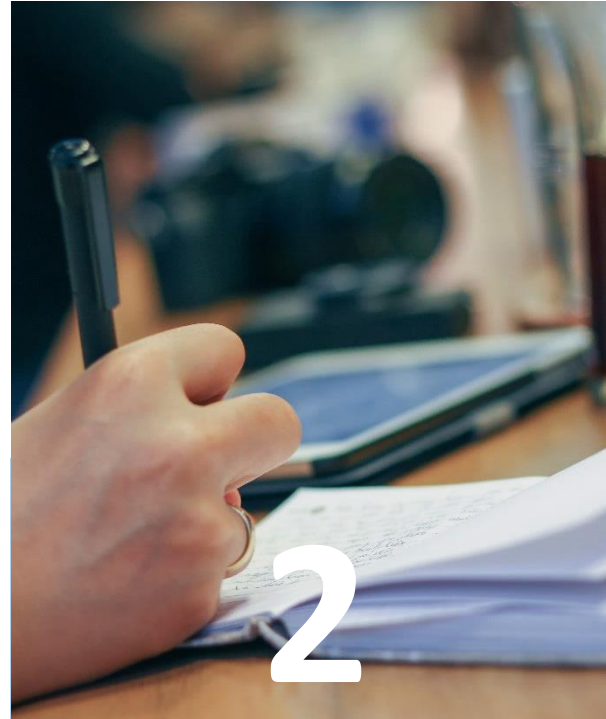
Zwar hat die Krise die Verletzlichkeit unseres Wirtschaftssystems offen gelegt: Lieferketten waren unterbrochen, wichtige Güter knapp, Preise schwankten stark, der Arbeitsmarkt geriet unter Druck. Angesichts dessen sind Rufe nach einem Systemwechsel und einer stärkeren Rolle des Staates erklärbar.

Gleichzeitig hat das System aber seine Robustheit bewiesen: Knappe Güter waren schnell wieder verfügbar, die schlimmsten Auswirkungen auf die Beschäftigung konnten mit Hilfen und arbeitsmarktpolitischen Instrumenten abgefedert werden. Dank der Innovationskraft privater Unternehmen wurden anfangs Hilfsmittel und schließlich im Rekordtempo wirksame Impfstoffe entwickelt, die als Schlüssel zur Überwindung des Virus gelten. Damit lässt sich das weit verbreitete, grundlegende Vertrauen in die Leistungsfähigkeit der Marktwirtschaft erklären.

Dieses Vertrauen gilt es nun zu sichern und auszubauen. Denn wie die Erfolge bei der Impfstoffentwicklung zeigen, spielen Unternehmen eine wichtige Rolle bei der Überwindung der Krise. Das Vertrauen in Unternehmen – und damit auch in unser Wirtschaftssystem – wird mitunter vom weiteren Umgang mit Wirtschaftshilfen und Subventionen abhängen. Denn hier herrscht eine hohe Skepsis, die dieses Vertrauen gefährden könnte.



Vertrauen in Wirtschaft & Unternehmen

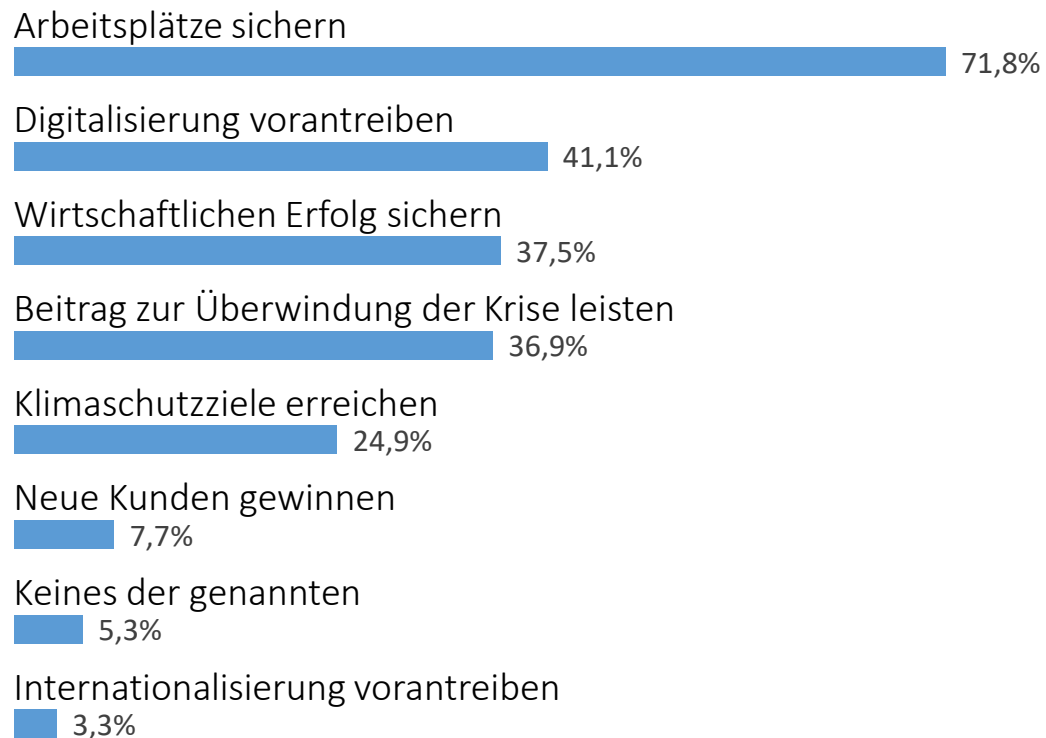


Erwartungen an Unternehmen



Corporate Activism

Auf welche der folgenden Themen sollten Unternehmen während der Corona-Pandemie besonders Wert legen? (Mehrfachantworten möglich)



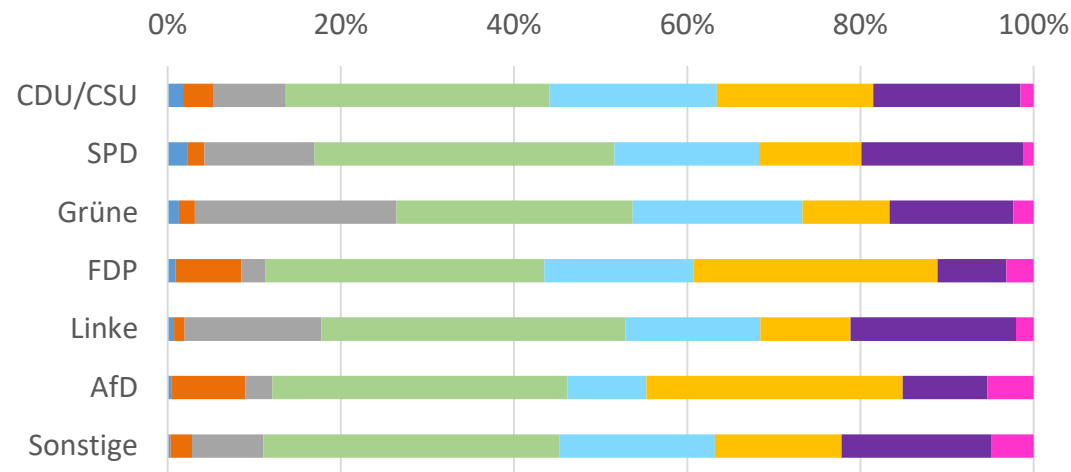
Statistischer Fehler: 3,1% ■ Stichprobengröße: 2521 ■ Befragungszeitraum: 03.01.21 – 02.02.21

Priorisierung in der Krise

Fragt man nach den drei wichtigsten Themen für Unternehmen während der Pandemie, wird die Sicherung von Arbeitsplätzen mit Abstand am häufigsten genannt.

Klimaschutzziele hingegen geraten ins Hintertreffen: Nur 24,9% der Befragten zählen sie zu den drei wichtigsten Zielen während der Pandemie.

Auf welche der folgenden Themen sollten Unternehmen während der Corona-Pandemie besonders Wert legen?
(Mehrfachantworten möglich)



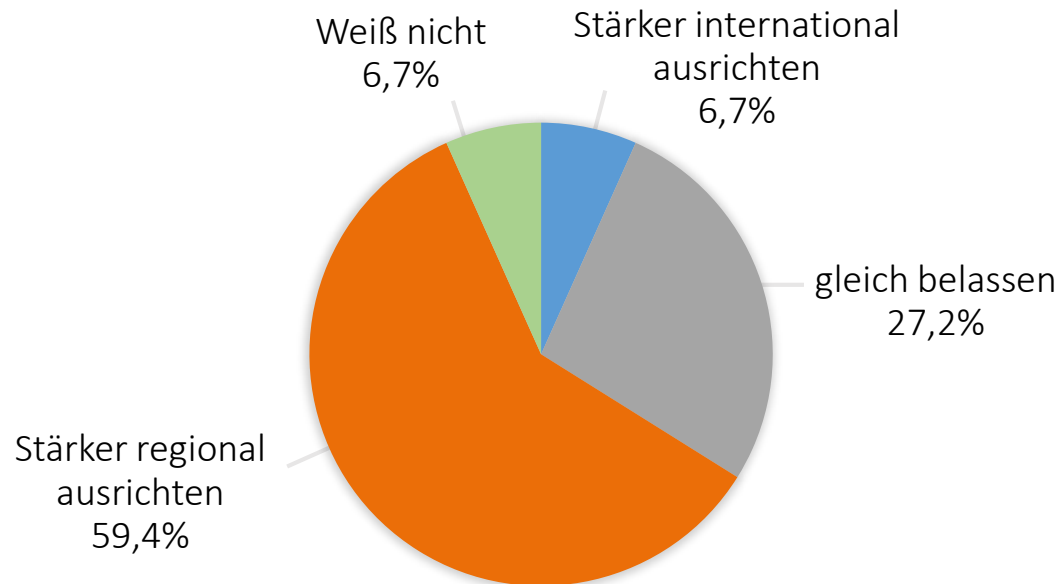
Die große Bedeutung der Arbeitsplatzsicherung ist über die Parteigrenzen hinweg stabil: Die häufigste Nennung erfolgt unter Wähler*innen der SPD (80,9%) und der Linken (79,4%), aber auch Wähler*innen der FDP (72,0%) und der AfD (66,0%) zählen sie am häufigsten unter ihre Prioritäten.

Erst bei den anderen Themen gibt es größere Schwankungen entsprechend der Wahlpräferenzen der Befragten. Zum Beispiel erwarten Wähler*innen der Grünen, dass Unternehmen Klimaschutzziele erreichen (58,4%), während der wirtschaftliche Erfolg unter Wähler*innen der FDP (63,1%) und der AfD (57,3%) größere Bedeutung hat.

- Internationalisierung vorantreiben
- Digitalisierung vorantreiben
- Neue Kunden gewinnen
- Wirtschaftlichen Erfolg sichern
- Klimaschutzziele erreichen
- Beitrag zur Überwindung der Krise leisten
- Arbeitsplätze sichern
- Keines der genannten

Statistischer Fehler: 9,6% | Stichprobengröße: 2522 | Befragungszeitraum: 01.01.21 – 30.01.21

Sollten Unternehmen als Reaktion auf die Corona-Pandemie ihre Wertschöpfungsketten in Zukunft stärker international oder stärker regional ausrichten



Statistischer Fehler: 3,3% | Stichprobengröße: 2501 | Befragungszeitraum: 6.11.20 – 19.11.20

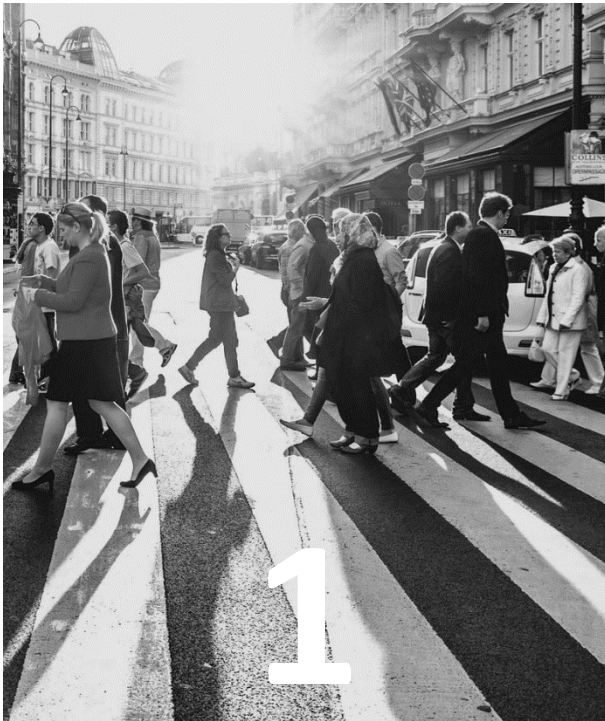
Regionalisierung der Lieferketten

Deutlich über die Hälfte der Befragten (59,4%) sind der Meinung, Unternehmen sollten Ihre Lieferketten in Zukunft stärker regional ausrichten. Nur 6,7% wünschen sich eine stärker internationale Ausrichtung.

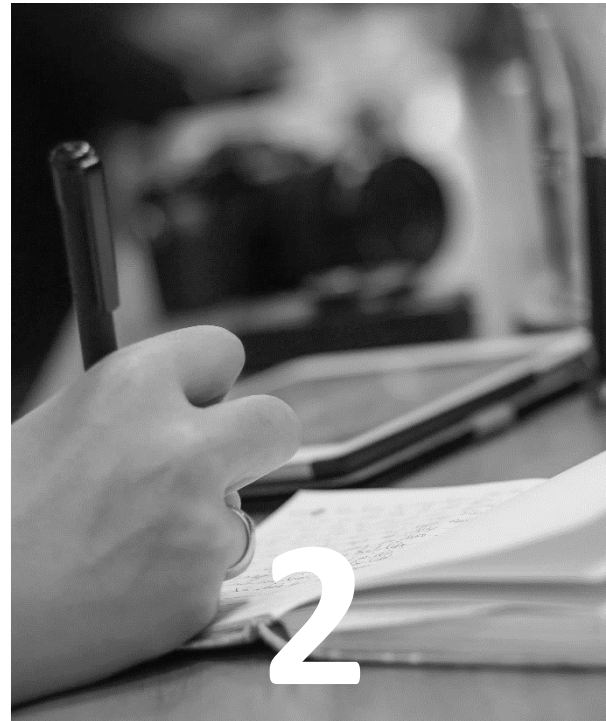
Aus Sicht der Befragten sollten Unternehmen der Arbeitsplatzsicherung höchste Priorität einräumen. Aus Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft werden indes raschere und tiefgreifendere Veränderungen für mehr Klimaschutz eingefordert. Diese Veränderungen könnten kurzfristige Einschnitte erfordern, um langfristig Arbeitsplätze zu sichern, wie die Beispiele aus der Automobil- und der Luftfahrtbranche zeigen. Die Vernachlässigung von Klimazielen wäre demnach nicht nur ein falsches Signal in Zeiten des Klimawandels. Sie würde auch langfristig die Wettbewerbsfähigkeit – und letztlich Beschäftigungsmöglichkeiten – der Unternehmen gefährden.

Ähnliches gilt für die Forderung nach regionalem Wirtschaften: Eine Rückkehr zu mehr lokaler Produktion würde angesichts komparativer Vorteile verschiedener Regionen zu enormen Kostensteigerungen führen (z.B. wg. unterschiedlicher Lohnkosten und Produktivitäten). Eine (heimische) Regionalisierung der Lieferketten steht damit in Konkurrenz zum Ziel der Wettbewerbsfähigkeit, die auch Voraussetzung für Arbeitsplätze ist. Weiter ist fraglich, ob eine Regionalisierung der Wertschöpfung – und damit eine lokale Konzentration und Risikoballung – die Krisenanfälligkeit unseres Wirtschaftssystems generell verringern würde. Eine stärker regional ausgerichtete Wertschöpfung könnte mithin zahlreiche unbeabsichtigte (ethische) Nebenfolgen entfalten.

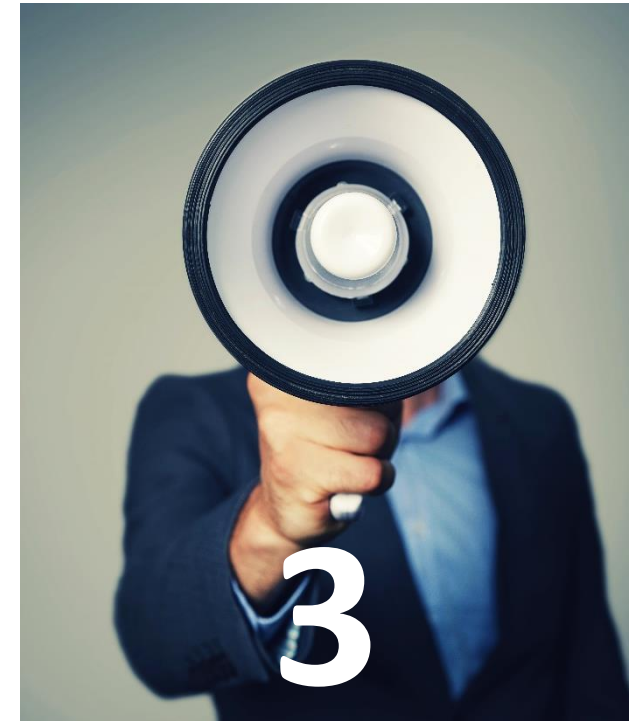
Die Ergebnisse der Studie verdeutlichen die Notwendigkeit, dualistisches Denken – Klimaschutz *versus* Arbeitsplätze; Risiko *versus* Internationalisierung – zu durchbrechen. Als Exportland kann Deutschland seine nationalen Bedürfnisse nicht gegen jene anderer Regionen ausspielen, ob beim Klimaschutz oder in der Wertschöpfung. Stattdessen müssen wir *gemeinsame* Interessen und *wechselseitige* Vorteile in der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit betonen. Und schließlich sind die Aktivitäten deutscher Unternehmen in anderen Ländern mit vielfältigen Erwartungen vor Ort verbunden. Somit ist internationale Zusammenarbeit bei Handel und Klimaschutz nicht nur eine Frage der Wettbewerbsfähigkeit, sondern auch der Solidarität.



Vertrauen in Wirtschaft & Unternehmen

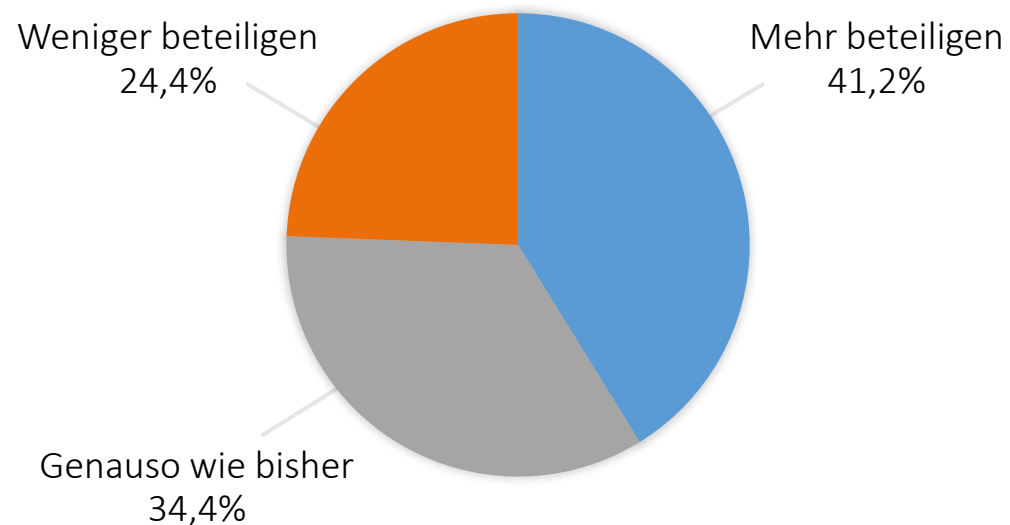


Erwartungen an Unternehmen



Corporate Activism

Sollten sich Wirtschaftsvertreter*innen Ihrer Meinung nach an den gesellschaftlichen Debatten zur Corona-Pandemie mehr oder weniger beteiligen als bisher?



Statistischer Fehler: 3,4% ■ Stichprobengröße: 2502 ■ Befragungszeitraum: 6.11.20 – 19.11.20

Teilnahme an politischen Debatten

Ein großer Teil der Befragten (41,2%) wünscht sich seitens der Wirtschaftsvertreter*innen mehr Beteiligung an den gesellschaftlichen Debatten zur Corona-Pandemie. 34,4% geben an, die Beteiligung sollte gleich bleiben. Nur 24,4% der Befragten sprechen sich für eine geringere Beteiligung als bisher aus.

Sollten sich Wirtschaftsvertreter*innen Ihrer Meinung nach an den gesellschaftlichen Debatten zur Corona-Pandemie mehr oder weniger beteiligen als bisher?

- Privatwirtschaftliche Entscheider*innen
- Deutschland ohne privatwirtschaftliche Entscheider*innen

Mehr beteiligen



Genauso wie bisher



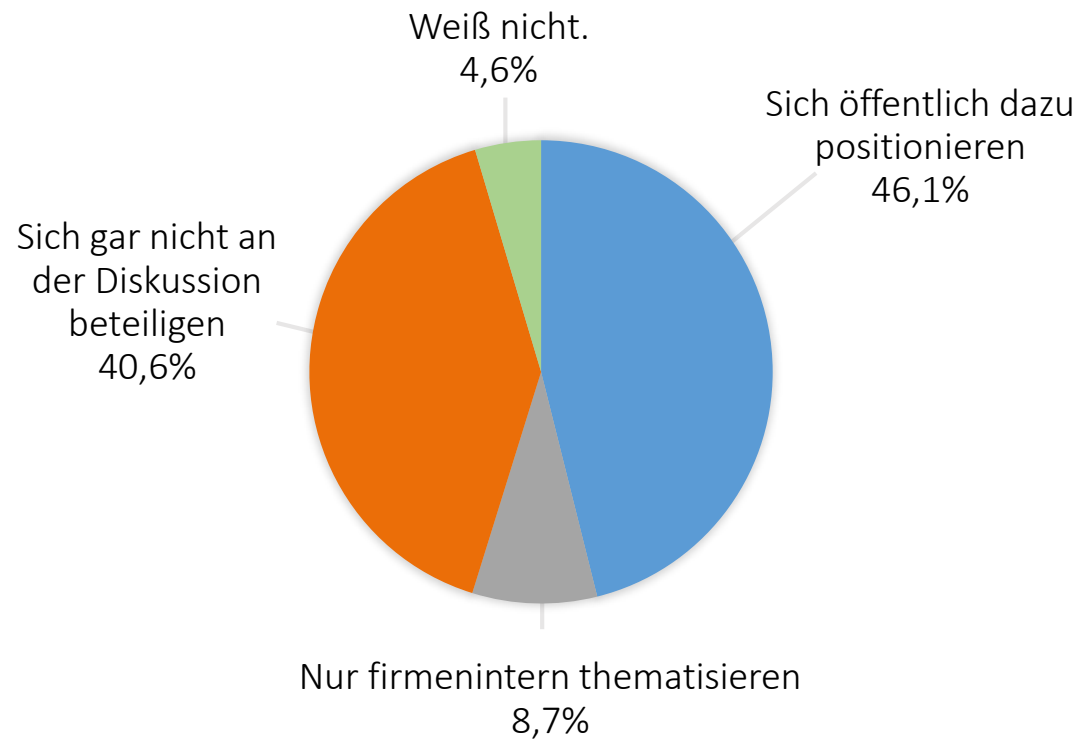
Weniger beteiligen



Statistischer Fehler: 6,3% ■ Stichprobengröße: 2502 ■ Befragungszeitraum: 6.11.20 – 19.11.20

Noch stärker ist diese Tendenz bei privatwirtschaftlichen Entscheider*innen: Hier fordern 52,8% der Befragten eine stärkere Beteiligung von Wirtschaftsvertreter*innen.

Wie sollten Unternehmen Ihrer Meinung nach mit Verschwörungsmychen zur Corona-Pandemie am ehesten umgehen?

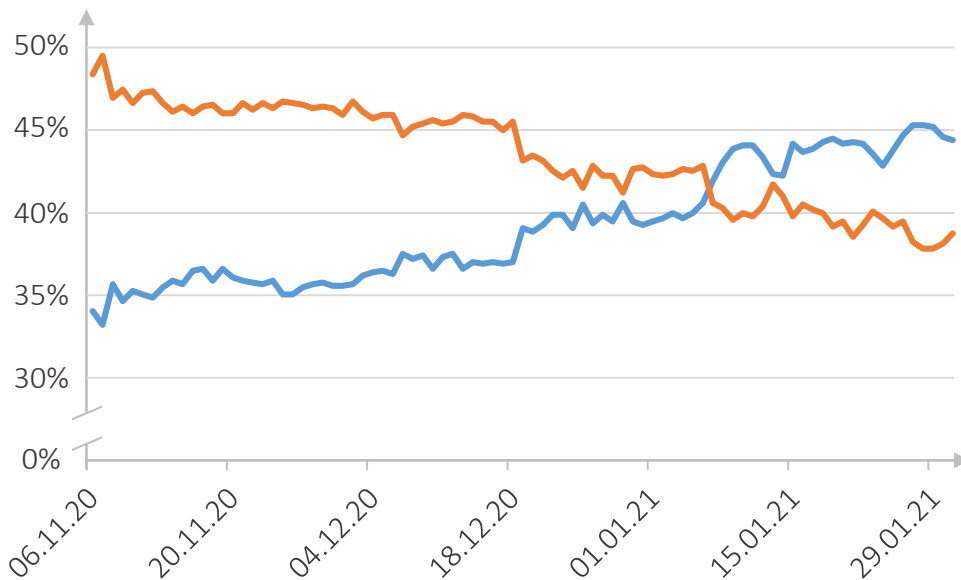


Statistischer Fehler: 3,1% ■ Stichprobengröße: 2579 ■ Befragungszeitraum: 01.01.21 – 31.01.21

Umgang mit Verschwörungsmychen

Kritischer sind die Befragten, wenn es um den Umgang speziell mit Verschwörungsmychen zur Corona-Pandemie geht. Hier gibt es im Wesentlichen zwei konträre Einstellungen: Während 46,1% der Meinung sind, Unternehmen sollten sich öffentlich dazu positionieren, plädieren 40,6% der Befragten dafür, Unternehmen sollten sich gar nicht an dieser Diskussion beteiligen. Eine ausschließlich firmeninterne Thematisierung wünschen sich lediglich 8,7% der Befragten.

Wie sollten Unternehmen Ihrer Meinung nach mit Verschwörungsmychen zur Corona-Pandemie am ehesten umgehen?



■ Sich öffentlich dazu positionieren

■ Sich gar nicht an der Diskussion beteiligen

Statistischer Fehler: 5,7% ■ Stichprobengröße: 2579 ■ Befragungszeitraum: 05.11.20 – 31.01.21

Allerdings zeigt sich auch, dass sich die Ergebnisse im Zeitablauf geändert haben. War zu Beginn eine Mehrheit (50,0%) dagegen, dass sich Unternehmen zu Verschwörungsmychen im Kontext der Corona-Pandemie äußern und nur eine Minderheit (36,0%) dafür, näherten sich die Positionen mit der Zeit an. Seit dem 7.1.2021 sind die Befürworter*innen in der Mehrheit, wenn das Ergebnis auch bis zum Ende der Befragung (31.1.2021) nicht eindeutig ist (Befürworter*innen: 46,1%; Gegner*innen: 40,6%).

Die Antwortmöglichkeiten „Nur firmenintern thematisieren“ und „Weiß nicht“ blieben konstant unter 10% (und sind somit nicht eingezeichnet).

Implikationen

Grundsätzlich wünscht sich eine Mehrheit der Befragten von Wirtschaftsvertreter*innen eine starke Beteiligung an den gesellschaftlichen Debatten zur Corona-Pandemie. Eine Positionierung zu Verschwörungsmythen wird inzwischen von einer knappen Mehrheit befürwortet.

Unternehmerische Positionierungen zu heiklen politischen Themen sind mit Risiken verbunden. Daher sollten sie stets sorgfältig durchdacht werden. Eine ausschließliche Zurückhaltung erscheint indes problematisch: Zum einen sind Unternehmen nolens volens Orte gesellschaftspolitischer Debatten. Unternehmen können mithin nicht „nicht“ Haltung zeigen. Ein Nichteinschreiten gegen Verschwörungsmythen – ob im betrieblichen oder im öffentlichen Kontext – kann (ungewollt) auch als stillschweigende Duldung interpretiert werden. Umso wichtiger ist es deshalb, dass sich Unternehmen selbst klare Orientierungen geben. Schließlich ist Einmischung – auch aus wohlverstandenen Eigeninteresse – spätestens dort gefordert, wo politische Äußerungen die Voraussetzungen unseres Gesellschafts- und Wirtschaftssystems gefährden, wie dies bei Rassismus oder Corona-Leugnern der Fall ist.

Corporate Activism ist also keine Frage des „ob“, sondern des „wie“. Dafür haben wir am WZGE drei zentrale Orientierungen formuliert: (1) Bekenntnis zu Werten statt Kritik anderer Akteure, (2) Gute Gründe auch ohne, aber niemals gegen gesicherte Fakten, (3) Respektvolle Reaktion statt radikaler Gegenwehr. Kurzum: Wenn sich Unternehmen in die Debatte begeben, sollten sie „anständig streiten“ (siehe hierzu auch die beiden WZGE Standpunkte zu „[Corporate Activism](#)“ und „[Anständig streiten](#)“).



Prof. Dr. Philipp Schreck

Friede Springer-Stiftungslehrstuhl für
Unternehmensethik und Controlling an der
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
philipp.schreck@wiwi.uni-halle.de



Dr. Martin von Broock

Vorsitzender des Vorstands am
Wittenberg-Zentrum für Globale Ethik e.V.
martin.vonbroock@wcge.org



Adrian Gombert

Projektleiter am
Wittenberg-Zentrum für Globale Ethik e.V.
adrian.gombert@wcge.org

Wittenberg-Zentrum für Globale Ethik e.V.
Schlossstraße 10, 06886 Lutherstadt Wittenberg
Tel.: +49 (0) 34 91 / 5079 110
www.wzge.de ■ info@wcge.org
Bildnachweis: @iStock.com: ronstik, LeoPatrizi

Das WZGE ist ein gemeinnütziger Thinktank: Seit 1998 vermitteln wir praxisorientiert Wirtschafts-, Unternehmens- und Führungsethik. Mit unseren Angeboten wenden wir uns primär an Führungs- und Nachwuchskräfte, Studierende und Promovierende sowie Unternehmen und Organisationen. Wir arbeiten unabhängig, wissenschaftlich fundiert und global ausgerichtet. Dabei unterstützen uns Partner*innen aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Kirchen.



Auf [S. 8](#) erwähnt:

Definition „privatwirtschaftliche Entscheider*innen“: Befragte, die sich selbst als „aktuell in einer Führungsposition tätig“ einstufen (angestellt oder selbständig).

In welche Richtung sollte sich das Kräfteverhältnis zwischen Politik und Wirtschaft angesichts der Corona-Pandemie verschieben?

- Privatwirtschaftliche Entscheider
- Deutschland ohne privatwirtschaftliche Entscheider

In Richtung Politik



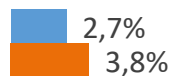
Sollte gleich bleiben



In Richtung Wirtschaft



Weiß nicht

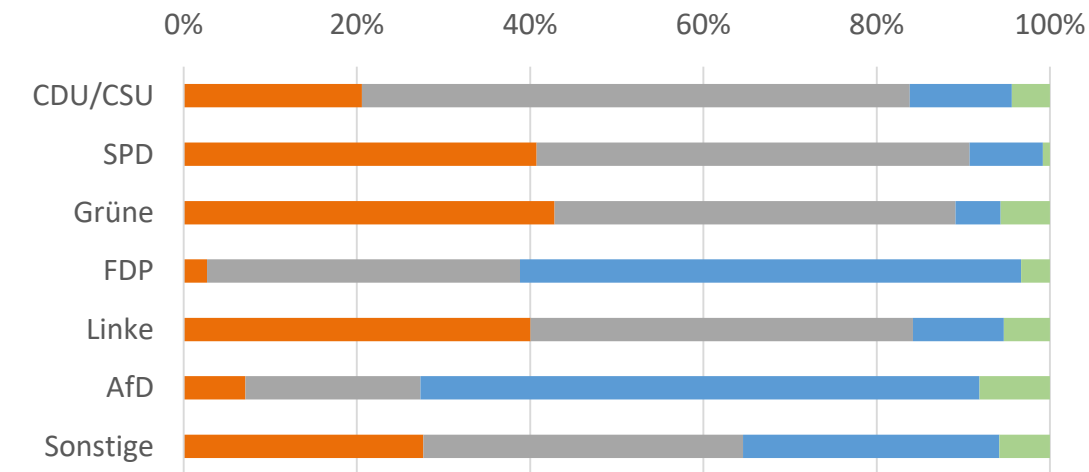


Statistischer Fehler: 6,2% ■ Stichprobengröße: 2503 ■ Befragungszeitraum: 6.11.20 – 19.11.20

Auf [S. 9](#) erwähnt:

Eine klarere Tendenz ergibt sich, wenn man ausschließlich privatwirtschaftliche Entscheidungsträger*innen betrachtet: Hier wünschen sich 42,9% eine Änderung des Kräfteverhältnisses zugunsten der Wirtschaft.

In welche Richtung sollte sich das Kräfteverhältnis zwischen Politik und Wirtschaft angesichts der Corona-Pandemie verschieben?



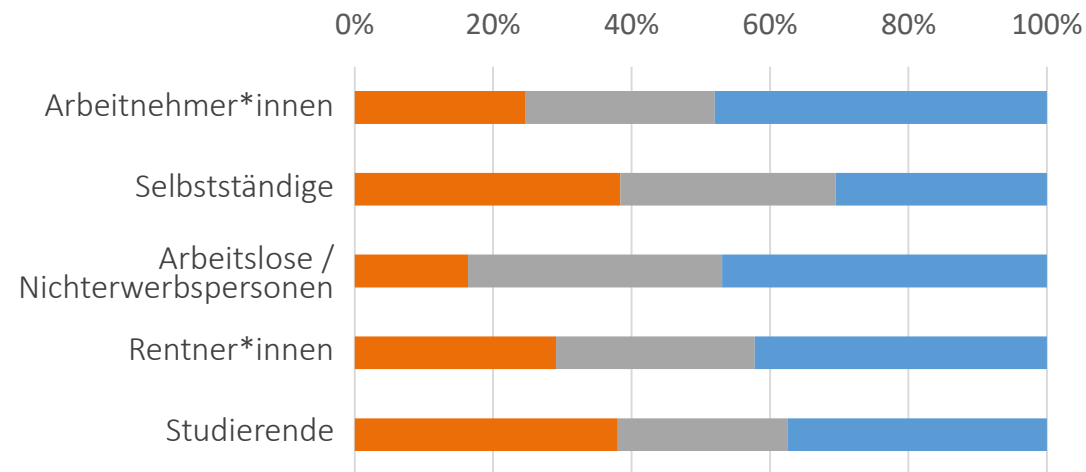
- Eindeutig in Richtung Politik
- Sollte gleich bleiben
- Eindeutig in Richtung Wirtschaft
- Weiß nicht

Statistischer Fehler: 9,9% ■ Stichprobengröße: 2503 ■ Befragungszeitraum: 6.11.20 – 18.11.20

Auf [S. 9](#) erwähnt:

Die Ergebnisse schwanken stark mit der Wahlabsicht der Befragten. Während Wähler*innen der FDP und der AfD deutlich für einen höheren Einfluss der Wirtschaft plädieren, fordern deutlich mehr Wähler*innen von SPD, Grünen und Linken einen stärkeren Einfluss der Politik.

Wie groß ist Ihr Vertrauen, dass deutsche Unternehmen die staatlichen Corona-Hilfen verantwortungsvoll nutzen?



■ Groß
■ Unentschieden
■ Gering

Statistischer Fehler: 12,4% | Stichprobengröße: 2506 | Befragungszeitraum: 16.12.20 – 15.01.21

Auf [S. 11](#) erwähnt:

Zu den weiteren Ergebnissen zählt, dass auch Arbeitnehmer*innen skeptisch sind: 46,6% geben an, sie hätten nur geringes Vertrauen in eine verantwortungsvolle Nutzung der Corona-Hilfen.

Sollten Sie an Sie an weitergehenden Auswertungen Interesse haben, treten Sie gern mit uns in Kontakt.

